

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 12.01.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	Ausschussvorsitzende, SPD
Frau Heike Wießner	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle-Neues Forum
Frau Anna Maria Manser	stellv. Stimmb. Mitglied
Frau Antje Klotsch	stimmb.Mitglied ;
Frau Kerstin Masur	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Herr Leonhard Dölle	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Frau Beate Gellert	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Frau Katharina Brederlow	Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie)
Frau Ilona Hackel	Beratendes Mitglied (Arbeitsagentur)
Herr Kriminalrat Ralf Berger	Beratendes Mitglied (Polizei)
Herr Rene Moses	Beratendes Mitglied (Humanistischer Regionalverband, Bürgerhaus alternativE)
Herr Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied (Kirchenkreis Halle-Saalkreis)
Frau Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied (Migrationsbeauftragte)
Frau Susanne Wildner	Beratendes Mitglied (Gleichstellungsbeauftragte)
Herr Mirko Petrick	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter)
Frau Anja Pohl	Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat)

Entschuldigt fehlten:

Herr Uwe Kramer	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Herr Tobias Kogge	Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung)
Frau Janice Windisch	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendrat)
Frau Carola Messerschmidt	Beratendes Mitglied (Landesverwaltungsamt, Abteilung Schule und Kultur)
Frau Carmen Wiebach	Beratendes Mitglied (Jobcenter)
Herr Richter Bruno Glomski	Beratendes Mitglied (Amtsgericht)
Frau Renate Leonhard	Beratendes Mitglied (Katholisches Propsteipfarramt)
Frau Privorozkaja, Tatjana	Beratendes Mitglied, Jüdische Gemeinde

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Hanna Haupt, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.
Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde geschlossen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Hanna Haupt, eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, entschuldigte den Beigeordneten, welcher krankheitsbedingt nicht anwesend sein kann. Dessen Vertreter ist ebenfalls entschuldigt, da dieser an einer anderen Ausschusssitzung teilnehmen muss.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Hanna Haupt, stellte zur Tagesordnung fest, dass zum TOP 6.1. ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorliegt, welcher auf die Tagesordnung als TOP 6.1.1 aufgenommen werden muss.

Die TOP 6.2 und 6.2.1 werden von der Tagesordnung abgesetzt, da die antragstellenden Fraktionen dies als erledigt betrachten. Die Verwaltung wird zur Haushaltssituation unter Mitteilungen informieren.

Sie fragte an, ob es weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Dies war nicht der Fall. Der veränderten Tagesordnung wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.12.11
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3 Jährige - Krippenausbauprogramm"
Vorlage: V/2011/10260
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362
 - 6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis ´90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)
Vorlage: V/2011/10191
 - 6.2. Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012
Vorlage: V/2011/10301
 - 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 (Vorl. V/2011/10301)
Vorlage: V/2011/10342
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Themenspeicher
9. Mitteilungen
 - 9.1. Mitteilung der Verwaltung zu Mindeststandards zu Raum- und Freiflächengrößen in städtischen Kindertageseinrichtungen
 - 9.2. Mitteilung der Verwaltung zum Prüfergebnis zur Veröffentlichung von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 01.12.11**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Hanna Haupt, fragte an, ob es Änderungen zur Niederschrift vom 01.12.11 gibt. Da dies nicht der Fall war, wurde der Niederschrift ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Hanna Haupt, gab die in der nichtöffentlichen Sitzung am 20.12.2011 gefassten Beschlüsse bekannt:

- zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß Teilplanung (Fortschreibung der Jugendhilfeplanung § 11-13, 14, 16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) - V/2011/09580) - Prioritätensetzung 2012

Beschluss

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt (am 20.12. 2011) die vorliegende Prioritätensetzung der Anträge der freien Träger gemäß Anlage I zur Kenntnis. **Die in der Anlage I enthaltene Punktebewertung wird jedoch nicht berücksichtigt.**
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt (am 20.12.2011) die Förderung der Leistungen aus dem Fachkräfteprogramm (70% Landesförderung und 30% Kofinanzierung aus der Jugendpauschale) einschl. ~~der Pauschale~~ für Betriebs- und Sachkosten gemäß der **überarbeiteten** Anlage II **für das gesamte Jahr 2012.**
3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt (am 20.12.2011) die Förderung der Leistungen aus Mitteln der Jugendpauschale (zweckgebundene Landezuweisungen aus dem FAG) gemäß **der überarbeiteten** Anlage III und IV **für das gesamte Jahr 2012.**
4. Der Jugendhilfeausschuss beschließt (am 20.12.2011) unter dem Haushaltsvorbehalt 2012 die Förderung der Leistungen aus den Mitteln des Familienförderungsgesetzes gemäß **der überarbeiteten** Anlage III und IV **für das gesamte Jahr 2012.**

Hinweis durch die Vorsitzende, dass der Beschlusspunkt 5. heute erst zur Abstimmung gebracht wird.

6. Der JHA beantragt gegenüber dem Stadtrat, in die Haushaltsplanung 2012 das hierfür erforderliche Fördervolumen auf der Grundlage der Förderung 2011 einzupflegen.
7. Der JHA beauftragt die Verwaltung, bis zur Maisitzung eine neue Beschlussvorlage zur Förderung der Jugendarbeit 2012 zu erarbeiten.

Beschluss: zum Dringlichkeitsantrag von Frau Klotsch:

Die Stadt Halle (Saale) setzt den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02. Dezember 2010 zur Förderung der Prioritäten von Diensten und Einrichtungen für die

Jugendhilfe 2011 dahingehend um, dass die in der Beschlussvorlage enthaltene vollumfängliche Förderung für das laufende Jahr 2011 gewährt wird.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3 Jährige - Krippenausbauprogramm"** **Vorlage: V/2011/10260**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, begrüßte zu diesem TOP auch Frau Meister vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten (EB Kita).

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, erläuterte, dass mit Beschluss des Stadtrates vom 28.04.10 die Einrichtungen für Investitionen aus dem Krippenausbauprogramm für die Stadt festgeschrieben wurden. Damals war durch den EB Kita die Sanierung der KITA Traumland/Sausewind geplant worden.

Die Prüfung zur Umsetzbarkeit der geplanten Projekte hat deutlich gemacht, dass auf Grund des nicht genehmigten Haushaltes und der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes hierzu die Gesamtfinanzierung nicht zustande kommen kann. Die Umsetzung eines anderen Projektes wurde geprüft, um die Zuwendungen aus der Richtlinie zum Krippenausbauprogramm zu sichern. Die Umwidmung der für die Kita Traumland/Sausewind bewilligten Mittel zugunsten einer anderen Kita des EB Kita, hier Schimmelstraße 7, wurde beantragt. Nach Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2012 im Stadtrat November 2011 können die geplanten Investitionsvorhaben des EB Kita jetzt realisiert werden. Daher wird nunmehr die Umwidmung der festgeschriebenen Mittel auf das Projekt am Standort Schimmelstraße beantragt. Sie wies darauf hin, dass diese Vorlage noch in den Stadtrat Februar 2012 zur Entscheidung geht, hier wird das Deckblatt noch verändert.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warum die Umsetzung für die Kita Traumland/Sausewind nicht zustande kommt.

Frau Meister, Leiterin Betriebswirtschaftlicher Bereich im EB Kita, antwortete, dass zur Finanzierung dieser Kita eine Kreditaufnahme zur Gesamtfinanzierung erforderlich gewesen wäre. Auf Grund des nicht genehmigten Haushaltes der Stadt wurde durch das Landesverwaltungsamt eine Kreditaufnahme verweigert.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, im Wirtschaftsplan des EB Kita wurden hierfür keine Mittel eingestellt?

Frau Meister antwortete, dass dies im Wirtschaftsplan 2011 ausgewiesen ist und in 2012 erfolgt.

Anfrage Frau Wolff, in welcher Höhe die Ersatzmaßnahme jetzt vorgesehen ist und warum dies nicht als finanzielle Auswirkung in der Vorlage steht?

Frau Schöps, Ressortleiterin Steuerung der Jugendhilfe des Jugendamtes, antwortete, dies läuft insgesamt über das U3-Programm. Mit dem Stadtratsbeschluss aus April 2010 war die KITA Traumland/Sausewind mit 1 Mio EUR drin. Nur dieser Betrag kann auch für die andere Einrichtung in der Schimmelstraße umgewidmet werden. Es betrifft keine andere Haushaltsstelle und es gibt keinen anderen Betrag und auch keinen anderen Träger. Es handelt sich lediglich um eine Umwidmung, deshalb steht bei den finanziellen Auswirkungen keine. Das U3-Programm finanziert nur den Krippenanteil. Wenn mindestens die Hälfte der betreuten Kinder in die Krippe der KITA gehen, wird dies über das Programm finanziert. Beispiel: von 180 Plätzen beträgt der Krippenanteil 90 Plätze, dann kann die Gesamtsumme von 1 Mio EUR verwendet werden.

Anfrage Frau Dr. Brock, dass laut Bedarfs- und Entwicklungsplanung in der Schimmelstraße auch eine KITA des Deutschen Roten Kreuzes mit 60 Plätzen ausgewiesen ist, ist das jetzt ein Gebäude oder eine andere Einrichtung?

Frau Schöps antwortete, das dies zufällig die gleiche Straße ist, aber nichts miteinander zu tun hat.

Es gab keine weiteren Anfragen, so dass **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung des Beschlussvorschlages aufrief.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass für die Kindertageseinrichtung des städtischen Eigenbetriebes Kindertagesstätten am Standort Schimmelstraße, die im Rahmen der o. g. Richtlinie zur Verfügung gestellten Bundesmittel für Investitionen genutzt werden können.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" Vorlage: V/2010/09362

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte die antragstellende Fraktion, ob diese den Antrag, der im Februar 2011 schon einmal im Ausschuss war, noch einmal erläutern möchte.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verzichtete auf eine nochmalige Einbringung des Antrages, da dieser allen Mitgliedern bekannt ist.

Frau Hanna Haupt stellte den Antrag zur Diskussion.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, äußerte sich dahingehend, dass die Mehrzahl der Ausschüsse hier als nicht zuständig erklärten. Daraufhin wurde im Oktober ein Fachforum durchgeführt, welches gute Ergebnisse gebracht hat. Auf dem Gebiet der Gleichstellung in der Stadt Halle (Saale) wird durchaus auch noch Handlungsbedarf gesehen, die im Plan aufgenommen werden müssten. Zum vorliegenden Antrag muss der Stadtrat eine Entscheidung treffen. Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat im Februar 2011 hierzu bereits beraten, heute soll hierzu eine Entscheidung fallen.

Zum Antrag bestand kein weiterer Redebedarf.

Frau Hanna Haupt stellte den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Diskussion und forderte die antragstellende Fraktion zur Erläuterung auf.

Frau Wießner, CDU-Fraktion, teilte mit, dass der Änderungsantrag deutlich genug formuliert worden ist, so dass kein weiterer Erläuterungsbedarf gegeben ist.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, sprach an, dass die Erstellung des Aktionsplanes doch sowieso kostenneutral erfolgen soll, da dies durch die Stadtverwaltung gemacht werden muss. Sie sieht diesen Änderungsantrag damit als erledigt an.

Frau Wildner sprach an, dass dieser Änderungsantrag bereits im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss ausführlich diskutiert worden ist. Sie hatte den Antragsteller da angefragt, ob hier evtl. der Bezug auf die Projekte gemeint war. Das wurde verneint, es geht um die kostenfreie Erstellung dieses Aktionsplanes. Im Fachforum wurde hierzu bereits diskutiert, die Erstellung dieses Planes soll keine Kosten verursachen, den würde sie als gleichstellungsbeauftragte erstellen.

Frau Dr. Brock sprach an, dass der Antrag ihrer Fraktion seit über 1 Jahr vorliegt und eine Prüfung zur Notwendigkeit der Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes mittlerweile gegenstandslos geworden ist. Ihre Fraktion lehnt beide Beschlussvorschläge aus dem Änderungsantrag ab.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach an, dass auch Personalkosten, nämlich die von Frau Wildner, gegeben sind. Demzufolge kann von einer kostenneutralen Erstellung dieses Planes nicht ausgegangen werden. Es sollte der Mut bestehen, entweder zu sagen, dass dies nicht zwingend erforderlich ist oder sich zu den tatsächlich zu erwarteten Kosten zu bekennen. Ihre Fraktion würde unter dem Aspekt der tatsächlichen Haushaltslage der Stadt und dass Kosten auflaufen, diesen Antrag ablehnen.

Frau Wildner sprach an, dass sie das „kostenneutral“ so verstanden hat, dass keine zusätzlichen Aufwüchse entstehen. Der Kostenaufwand für sie als Gleichstellungsbeauftragte wäre da, wenn sie den Auftrag zur Aufstellung des Planes erhält. Dies liegt dann im Rahmen ihrer Tätigkeit. Da entstehen Personalkosten und Sachkosten für ihr Büro. Aber keine zusätzlichen Kosten für eine Auftragsvergabe.

Herr Hopfgarten sprach an, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion hier nicht unterstützt wird. Es ist blauäugig hier eine Kostenneutralität zu fordern.

Es gab keinen weiteren Diskussionsbedarf, so dass **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung des Änderungsantrages aufrief.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) durch die Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu bekunden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie regelmäßig über den Entwicklungsstand im Sozial, Gesundheit- und Gleichstellungsausschuss zu berichten.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)
Vorlage: V/2011/10191**

Siehe Diskussion TOP 6.1.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt 2 erhält folgende Formulierung:

2. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes notwendig ist und legt gegebenenfalls dem Rat einen Beschlussvorschlag vor.

Der Beschlusspunkt 3 wird neu eingefügt:

3. Die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes, ~~die mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre, ist untersagt~~ **hat kostenneutral zu erfolgen.**

zu 6.2 Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012
Vorlage: V/2011/10301

Abstimmungsergebnis:

Erledigt

Anmerkung:

Information aus der antragstellenden Fraktion, dass diese ihren Antrag als erledigt betrachten. Es wurde an die Verwaltung die Bitte geäußert, zum Stand zu informieren. Deshalb wurde der TOP 6.2.1 von der Tagesordnung zu Beginn der Sitzung mit diesen Hinweisen abgesetzt. Die Verwaltung hat im JHA am 12.01.12 zum Stand informiert.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am ~~12.01.2012~~ **20.12.2011** ~~eine Entscheidungsvorlage~~ zur Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 ~~einzubringen und darüber hinaus~~ umfassend über das geplante Vorgehen und dessen mögliche Auswirkungen im Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung zu informieren.

zu 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 (Vorl. V/2011/10301)
Vorlage: V/2011/10342

Abstimmungsergebnis:

Erledigt

Anmerkung:

Information aus der antragstellenden Fraktion, dass diese ihren Antrag als erledigt betrachten. Es wurde an die Verwaltung die Bitte geäußert, zum Stand zu informieren. Deshalb wurde der TOP 6.2.1 von der Tagesordnung zu Beginn der Sitzung mit diesen Hinweisen abgesetzt.

Die Verwaltung hat im JHA am 12.01.12 zum Stand informiert.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 20.12.2011 zur Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 umfassend über das geplante Vorgehen und dessen mögliche Auswirkungen

im Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung zu informieren. **Es wird dargestellt, welche der vorgeschlagenen Mittel in welcher Weise (bspw. vertraglich fixiert) und zu welchem Zeitpunkt an die freien Träger ausgereicht werden, sodass die freien Träger verbindliche Aussagen zum Förderverfahren im Jahr 2012 erhalten.**

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende, sagte an, dass im Februar die Behandlung des Haushaltes ansteht. Dies sagt sie heute bereits als 1. Lesung an, da hierzu sicher weitreichend Diskussionsbedarf besteht.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Vorstellung Konzept Psychiatrie an.

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, antwortete, das die Psychiatrieplanung frühestens im März, eher etwas später, vorliegen wird.

Frau Dr. Brock fragte zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) KITA an.

Frau Brederlow antwortete, das die BEP KITA 2012 für den JHA Februar vorgesehen war. Innerhalb der Verwaltung gibt es hierzu noch Abstimmungsbedarfe, so dass die Behandlung der BEP evtl. erst im JHA März sein wird.

Frau Brederlow sprach an, das der Themenspeicher der Orientierung auf zu erwartende Themen ist, aber es hin und wieder zu zeitlichen Verschiebungen kommen kann. Deshalb wird der Themenspeicher auch monatlich aktualisiert vorgelegt.

zu 9 Mitteilungen

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, teilte zur Haushaltssituation mit, dass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses eine Email des Dezernates Finanzen und Personal (Dez. I) zur Kenntnisnahme weitergeleitet worden ist. Aus dieser geht hervor, dass eine vorläufige Haushaltsführung verfügt wurde. Zum Haushalt des Amtes sprach sie an, dass das Antragsvolumen bekannt ist. In der Sitzung des JHA am 20.12.2011 gab es auch einen Beschluss hierzu, welcher auch dem Dezernat I mitgeteilt worden ist. Es geht nochmals ein Schreiben an die Träger zur Situation. Es sind für Januar/Februar Trägergespräche geplant, dies wurde auch von den Trägern gewünscht. Im Februar gehen die Bescheide zur Beschlussfassung aus JHA 20.12.2011 raus. Bezüglich der Projekte ist sie gespannt, wie es mit dem Haushalt hier weitergeht. Es wird einen Vorschlag der Verwaltung geben, dieser wird anders aussehen als geplant. Die Beschlüsse, die dann kommen, werden schnell umgesetzt werden. Sie hofft, dass der Stadtrat gemeinsam mit der Verwaltung den Haushalt hier durchsetzen kann. Laut Beschluss des JHA vom 20.12.11 soll die Projektvorlage für die Jugendhilfe bis Mai 2012 vorgelegt werden. Wir gehen davon aus, dass 50% der Summe,

die zur Verfügung steht, ausgegeben werden kann. Dazu soll es eine Beschlussvorlage geben und nach dem genehmigtem Haushalt sollen die restlichen 50% kommen. Im letzten Jahr sind insgesamt 90% der Mittel ausgegeben worden.

Die Stellungnahme der Verwaltung an unser Dezernat für einen Vorschlag an das Dezernat I wird der Niederschrift zur Kenntnisnahme angehängen.

Weitere Mitteilungen:

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, teilte mit, dass der Kinder- und Jugendrat im Dezember 2011 über seine Arbeit berichtet hat. Dies wurde in einer kleinen Broschüre zusammen gefasst. Bei Interesse kann diese heute mitgenommen werden. Die Mittel hierfür kommen im Rahmen des Bundesprogrammes „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

zu 9.1 Mitteilung der Verwaltung zu Mindeststandards zu Raum- und Freiflächengrößen in städtischen Kindertageseinrichtungen

Frau Schöps, Ressortleiterin Steuerung der Jugendhilfe, Jugendamt, sprach an, dass durch den Stadtrat, Herrn Oliver Paulsen, eine Anfrage im Stadtrat zu den Mindeststandards zu Raum- und Flächengrößen in städtischen KITA's gestellt und durch die Verwaltung beantwortet worden war. Die ursprüngliche Antwort bezog sich auf den aktuellen Gesetztext hierzu. Dies ist im § 14 KiFÖG LSA enthalten und sagt aus, dass die Bemessung ausreichend und kindgerecht bemessen sein soll. Herr Paulsen hatte um weitergehende Beantwortung gebeten.

Frau Schöps teilte mit, dass sich die Stadt Halle – da die Regelung sehr offen gestaltet ist – sich wie andere Landkreise und kreisfreie Städte nach den Eckwerten, welche für die Innenraumgestaltung im KiBeG (Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen vom 26.06.1991) enthalten waren, richtet. Sie sprach an, dass es im KiBeG Standards gab, auf welche auch jetzt immer wieder mal geschaut wird. So sagte dies aus, das mindestens fünf Quadratmetern je Kind im Krippenalter und mindestens zweieinhalb Quadratmetern je Kind im Kindergarten- und Hortalter innerhalb der Kindertageseinrichtungen vorzusehen ist. Die Träger haben unterschiedliche Konzepte und auch unterschiedliche Raumkapazitäten. Wenn der Träger nachweist, dass die Raumkapazitäten für bestimmte Projekte besonders wertvoll sind, dann wird nicht an den damaligen Orientierungswerten festgehalten. Für die Außenflächen gelten pro Kind ca. 20 Quadratmeter als Richtwert. Im Rahmen der Bedarfs- und Entwicklungsplanung und des Betriebserlaubnisverfahrens werden die jeweiligen Bedingungen im Einzelfall geprüft. Hier wird geprüft, ob in der Nähe der KITA öffentliche Spielplätze vorhanden sind.

zu 9.2 Mitteilung der Verwaltung zum Prüfergebnis zur Veröffentlichung von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, teilte mit, dass heute den Mitgliedern eine schriftliche Mitteilung dazu vorliegt. Die Verwaltung bittet darum, dass dies noch 1 Jahr erprobt werden kann und Anfang 2013 hierzu ein Bericht vorgelegt wird.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob „Youthpool“ dies als freiwillige Leistung überhaupt noch bringen kann, da auf Grund der Haushaltslage keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Antwort Frau Brederlow, das dies für Youthpool nicht direkt gesagt werden kann. Es soll nächste Woche ein Gespräch mit dem Träger zur Situation insgesamt geben. Wir gehen davon aus, dass es weiter gehen kann, in welchem Umfang kann noch nicht gesagt werden. Das Jugendamt hat großes Interesse, dass es bei Youthpool weitergeht.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, ob es möglich ist, eine Übersicht zu den Zahlen und Größen der KITA's der Niederschrift angehängen zu bekommen.

Antwort Frau Schöps, Ressortleiterin Jugendamt, es gibt hierzu keine Datei. Der Verwaltung liegen die Mietverträge vor, hier wäre der Verwaltungsaufwand zu hoch, das einzeln zu erfassen.

Anfrage Herr Schachtschneider, ob es kritische Größen bei den Einrichtungen gibt und hierzu etwas gesagt werden kann.

Antwort Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, dass die einzige Mitarbeiterin in diesem Bereich seit Monaten krank ist und hierzu jetzt nichts gesagt werden kann.

Anfrage Herr Schachtschneider, ob er die Mitteilung richtig verstanden habe, dass die Verwaltung zur „Streichliste“ einen anderen Vorschlag gemacht hat?

Frau Brederlow antwortete, dass die Verwaltung des Jugendamtes der Meinung ist, dass Projekte wie bspw. das SCHIRM-Projekt Landesförderung ist und ein Anspruch auf kommunale Mittel besteht.

Anfrage Frau Wießner, CDU-Fraktion, in Ludwigshafen tagte im November die Bundesjugendkonferenz. Es gab einen Beschluss zur Prüfung der § 79 und § 11 zum Anteil Jugendarbeit. Ist hierzu ein Prüfergebnis bekannt?

Frau Brederlow antwortete, dass nichts hierzu bekannt ist. Sie verwies darauf, dass es sich um eine Stellungnahme und nicht Beschluss hierzu handelte.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bundeskinderschutzgesetz, welches seit 01.01.2012 in Kraft getreten ist, gibt es hierzu einen aktuellen Stand im JHA?

Frau Brederlow antwortete, dass hierzu Informationen im Jugendhilfeausschuss für März angedacht sind.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, dass einige Träger noch Geld auf ihrem Konto vermissen, u.a. zu KITA-Ermäßigungen. Die Nichtzahlung wurde teilweise mit der Umstellung auf den doppischen Haushalt begründet. Die Träger benötigen ihr Geld.

Frau Schöps sprach an, dass es mit der Umstellung auf den doppischen Haushalt einige Probleme gibt, da ein anderes Buchungsverfahren ist. Dies ist nicht ganz einfach. Die Problematik mit der KJHG-Ermäßigung kann sie verstehen. Dank an die Träger, dass diese hier eine große Kulanz walten lassen. Solange die Eltern den Bescheid nicht haben, sind diese Träger so kulant, das Geld nicht von den Eltern zu verlangen. Sie hofft, dass dieses Problem bald in Angriff genommen werden kann.

Frau Gellert sprach an, das im Eigenbetrieb KITA (EB KITA) die Kapazitäten auch ausgeglast sind. Die Eltern werden jetzt an die freien Träger verwiesen. Diese haben keine andere Situation. Die Eltern sollten nicht von Einem zum Anderen geschickt werden. Sie fragte an, ob nicht – wie es vor einigen Jahren der Fall war – Kapazitätserweiterungen gemacht werden können. Es ist ein zu großer Aufwand, wenn dies für jedes Kind einzeln beantragt werden muss.

Frau Brederlow antwortete, dass dieses Anliegen nachvollziehbar ist. Dies ist rechtlich nicht einfach. Mit dem EB KITA soll eine Vereinbarung getroffen werden, damit dies nicht zum Dauerzustand wird, mit 10% über zu belegen. Es gibt auch berechtigte Einwände von Eltern hierzu.

Frau Schöps antwortete, dass die statistischen Meldungen laut Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten (BEP KITA) immer noch freie Plätze ausweisen. Bei der BEP 2012 kommen Einrichtungen dazu. Die Träger werden noch zu einer Informationsveranstaltung zur BEP eingeladen werden, Termin soll der 30.01.2012 sein. In diesem Kreis werden auch Änderungen und Kapazitätserweiterungen mitgeteilt.

Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat) wies darauf hin, dass in den KITA's ein großes Platzproblem besteht, hier gibt es auch einen hohen Krankenstand und überlastete Erzieherinnen.

Anfrage Frau Gellert, wann das Thema Inklusion eine Rolle im JHA spielen wird?

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende, antwortete, dass dies wie festgelegt im JHA Februar sein wird.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung gegen 16.50 Uhr.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin